

A-3-Ä-1 Für ein starkes Grünes Europa – Sachsen-Anhalt braucht mehr Europa!

Antragsteller\*in: Stephanie Malek

## Änderungsantrag zu A-3

Von Zeile 211 bis 212 einfügen:

Das Recht auf Asyl ist grüner Markenkern. Wir wollen keine „Festung Europa“. Das Sterben im Mittelmeer muss endlich aufhören. Wir begrüßen die zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Seenotrettung (z.B. Seawatch), welche jedoch nur nötig sind, da die EU die Seenotrettung nur unzureichend betreibt. Wir fordern die EU auf, wieder ein eigenes Seenotrettungsprogramm zu betreiben. Wir brauchen eine faire Verteilung der Flüchtlinge. Wir fordern eine schnelle politische Lösung für insbesondere die Flüchtlinge, die aus dem Mittelmeer gerettet werden. Menschen auf hoher See verharren zu lassen, widerspricht den Werten und Grundsätzen der EU.

## E-2-Ä-1 Antrag auf Änderung der Erstattungsordnung

Antragsteller\*in: Andreas Gernegroß (Salzland KV)

### Änderungsantrag zu E-2

Es wird der Antrag gestellt der Änderung nicht zuzustimmen.

### Begründung

Hiermit wird ein Bürokratiemonster geschaffen.

Es gibt formale Mängel und fehlende Regelungen, die einen geregelten Ablauf erschweren.

1. Wie schnell muss ein Antrag bearbeitet werden?
2. Mit welcher Frist muss ein Antrag vorher gestellt werden.
3. Welche Gründe darf es geben, um einen Antrag abzulehnen.

Weiterhin behindert es die Arbeit der Gremien erheblich. Derzeit ist jede Fahrt eines Mitgliedes zu einer LFG erstattungsfähig. Wenn jede Person, die zu einer LFG fahren möchte, einen Antrag stellen soll, dann zieht das einen Berg von Anträgen nach sich, der erst einmal formal zu bewäligen ist. Unabhängig von der Tatsache nach dem komischen Verständnisses von Parteiarbeit, welches hier in diesem "kleinen" Antrag innewohnt.

Fahrten zu BAGen bedürften insoweit auch einer anderen Regelung, da diese von vornherein nicht für Delegierte abgelehnt werden dürften. (Hinweis auf Finanzbeziehungen Bundesverband und Landesverband)

Problematisch wird dieser "kleine" formale Antrag dann, wenn es um Verzichtsspenden geht. Nach meiner Meinung würde diese Änderung bewirken, dass aus formalen Gründen eine Verzichtsspende nicht mehr in Frage kommt, da nur darauf verzichtet werden kann, was mir von vornherein zustehen würde.

Als Mitglied eines Kreisvorstandes habe ich ein weiteres Problem. Unser KV verweist in Art und Form auf die Erstattungsordnung des Landesverbandes. Sollte dieser Antrag so beschlossen werden, dann haben wir auf Kreisebene auch mit einem Bürokratiewachstum zu kämpfen. Jede Fahrt eines Delegierten oder Vorstandes zu LDR oder Parteitagungen müsste vorher genehmigt werden. Zumal davon auszugehen ist, dass eine Begrenzung formal hier nicht zulässig wäre. Ein Ausweg wäre, dass unser KV eine eigene Erstattungsordnung beschließt. Ich glaube nicht, dass dieses Verfahren so gewollt werden kann.

## E-2-Ä-2 Antrag auf Änderung der Erstattungsordnung

Antragsteller\*in: Andreas Gernegroß (Salzland KV)

### Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 2 bis 3 einfügen:

um den Passus „und vorherig erfolgter schriftlicher oder mündlicher Genehmigung“ erweitert.

Die Erstattungsordnung ist dann noch um folgende Regelungen zu ergänzen:

1. Der Antrag muss schriftlich erfolgen.
2. Der Bescheid zum Antrag muss innerhalb von 6 Werktagen erfolgen.
3. Der Antrag muss 10 Werktage vor Beginn einer Reise erfolgen.
4. Der Antrag kann nur abgelehnt werden, wenn das Reisekostenbudget absehbar überzogen wird. Das ist der Fall, wenn 75% des dafür vorgesehen Budget ausgegeben wurde und eine Haushaltssperre in diesem Bereich durch den Landesvorstand oder der/die Schatzmeister\*in ausgesprochen wurde.
5. Die Gründe für eine Ablehnung sind im Bescheid aufzuführen.
6. Gegen den Bescheid ist Widerspruch zulässig. Der Widerspruch muss schriftlich innerhalb von 14 Tagen erfolgen. Über diesen Widerspruch muss innerhalb von 5 Werktagen entschieden werden. Gegen die Ablehnung des Widerspruchsbescheid ist Klage beim Landeschiedsgericht möglich.

### Begründung

Begründung siehe Global Antrag.

Sollte der Global Antrag so nicht durchkommen wird diese Änderung des Antrages beantragt.